

# Position der NAJU: Ressourcenschutz

**Beschluss**                      Beschlossen am 26. September 2020 in Berlin.

**Beschlussgremium**        Bundesdelegiertenversammlung

## Inhaltsverzeichnis

|   |   |
|---|---|
| Präambel.....                                       | 1 |
| Unsere Forderungen.....                             | 1 |
| Erläuterung und Begründung unserer Forderungen..... | 2 |

## Präambel

Wir leben auf einem Planeten mit endlichen Ressourcen. Trotzdem steigt der Verbrauch von Rohstoffen weltweit immer weiter an. Das sorgt für zahlreiche ökologische und soziale Probleme, die bereits an vielen Stellen sichtbar sind. Erschreckende Beispiele sind die Zerstörung von Ökosystemen für den Abbau von Rohstoffen, wobei häufig auch die Gesundheit von *Anwohnerinnen und Arbeitnehmerinnen* gefährdet wird, sowie die immer stärker fortschreitende Verschmutzung von Ozeanen und anderen Gewässern mit all den damit verbundenen negativen Folgen für die Menschen und Tiere, die dort leben.

Der Ressourcen hunger ist zudem auch ökonomisch nicht nachhaltig, da er zu Lasten kommender Generationen geht. Im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung ist es entscheidend, Ressourcen verantwortungsvoll zu konsumieren und sie langfristig zu schützen. Es reicht nicht aus, lediglich die Symptome zu bekämpfen. Stattdessen ist ein systematischer Ansatz notwendig, der bei den Ursachen ansetzt.

## Unsere Forderungen

Daher fordern wir:

1. die Abkehr von den derzeit vorherrschenden Produktions- und Konsummustern unserer schnelllebigen Wegwerfgesellschaft hin zu einer zukunftsfähigen Gesellschaft, in der Abfallvermeidung, nachhaltige Wertschöpfung und Kreislaufwirtschaft gelebt werden,
2. eine Reform des Pfandsystems inklusive Aufnahme weiterer Artikel in dieses System,
3. gesetzliche Maßnahmen, die die Langlebigkeit von Produkten erhöhen,
4. ein ambitioniertes und umfangreiches Lieferkettengesetz,
5. die strikte Einhaltung der im Kreislaufwirtschaftsgesetz unter §6 definierten Abfallhierarchie in allen Wirtschaftsbereichen sowie Investitionen in die dazu benötigte Infrastruktur,
6. Investitionen in ressourcensparende Innovationen,

7. Verbote von nicht notwendigen Einwegartikeln,
8. die Subvention langlebiger Produkte und das Beenden von Subventionen für nicht nachhaltige Produkte,
9. Investitionen in Bildungsmaßnahmen, die Zusammenhänge zwischen Ressourcenverbrauch und Nachhaltigkeit aufzeigen und für Ressourcenschutz sensibilisieren,
10. den Einsatz der Bundesregierung auf globaler Ebene für konsequenten Ressourcenschutz.

## Erläuterung und Begründung unserer Forderungen

1. Von „Fast Food“ bis „Fast Fashion“ – ein großer Teil des Wirtschaftens in den Industriegesellschaften des Globalen Nordens ist auf die schnelle Herstellung und Konsumierung von vermeintlich billigen Produkten ausgelegt. Sie erscheinen jedoch nur so billig, da bei ihrer Produktion soziale und ökologische Folgekosten nicht eingepreist werden. Während einige wenige durch diese Art des Wirtschaftens große Gewinne erzielen, werden die entstehenden Probleme durch Ausbeutung von Natur und Menschen jedoch auf die Gesamtgesellschaft abgewälzt. Statt einer „Geiz ist geil“- Mentalität braucht es ein Verständnis für den Wert von Produkten und deren nachhaltige Herstellung, sinnvolle Nutzung und verantwortungsvolle Entsorgung. Suffizienz muss ein elementarer Bestandteil unseres Wirtschaftens sein.
2. Pfandsysteme sind sinnvolle Instrumente, die sicherstellen, dass Ressourcen im Warenkreislauf verbleiben und nicht falsch entsorgt werden. Das seit 2003 in Deutschland bestehende Flaschenpfand sollte zudem dafür sorgen, dass weniger Einweg- und mehr Mehrwegverpackungen genutzt werden. Dieses Ziel wurde weit verfehlt, die Mehrwegquote sinkt seit Jahren. Daher benötigt es eine Reform des Pfandsystems mitsamt einer Verteuerung von Einwegverpackungen. Ebenfalls muss das Pfandsystem auf weitere Artikel erweitert werden. Wer bereits bei Müllsammelaktionen teilgenommen hat, weiß, wie viele Materialien achtlos weggeworfen werden.
3. In vielen Produkten gibt es Komponenten, die dafür gedacht sind, nach einer bestimmten Zeit kaputt zu gehen. Diese geplante Obsoleszenz soll Konsument\*innen *dazu zwingen, das alte Produkt zu entsorgen und ein Neues zu kaufen. Es braucht ein Verbot dieser Produktionspraxis und ein „Recht auf Reparatur“*, sodass eine *möglichst langfristige Nutzung ermöglicht wird. Dies muss sich für Kund\*innen und Firmen gleichermaßen lohnen.* Durch eine Subvention von Repair Cafés könnten die Kosten für Konsument\*innen beispielsweise möglichst gering gehalten werden. Hersteller müssen global dazu verpflichtet werden, Ersatzteile und Reperaturanleitungen anzubieten und ihre Produkte reparierbar zu halten. Zurückgeschickte Waren, die entweder funktionieren oder noch repariert werden können, dürfen nicht einfach entsorgt werden.
4. Aufgrund der Globalisierung ist es wichtig, nicht nur die nationalen, sondern auch die internationalen Aspekte des Ressourcenverbrauchs zu beachten. Bei vielen Produkten, die in Deutschland verkauft werden, findet die Herstellung komplett oder zum größten Teil im Ausland statt. Mit einem ambitionierten Lieferkettengesetz müssen Unternehmen verpflichtet werden, bei jedem Produktionsschritt dafür zu sorgen, dass soziale und ökologische Standards eingehalten werden. Zusätzlich dazu sollten Lieferketten für die Endkund\*innen transparenter und

nachvollziehbarer sein. Sie sollten eindeutig erkennen können, wo die primäre Herstellung des Produkts erfolgt ist.

5. Häufig scheitern nachhaltiger Konsum und nachhaltige Entsorgung nicht am fehlenden Willen der Verbraucher\*innen, sondern am Mangel an umweltfreundlichen Alternativen und Infrastruktur. Der Staat muss ausreichende Fördermaßnahmen bereitstellen, um beispielsweise eine effektive Mülltrennung und -verwertung in allen Kommunen zu ermöglichen. Allerdings sollten nicht nur passende Möglichkeiten, sondern auch Anreize, beispielsweise zur Rückgabe von Elektrogeräten, geschaffen werden. Zudem sollten Hersteller verpflichtet werden, beispielsweise auf Verbundstoffe zu verzichten, die eine Wiederverwertung deutlich erschweren und sich schlecht in den Produktionskreislauf zurückführen lassen. Die gesetzliche Grundlage ist mit dem Kreislaufwirtschaftsgesetz und der dort unter §6 definierten Abfallhierarchie bereits existent. Die Realität zeigt allerdings, dass dieser gesetzliche Rahmen nicht konsequent genug umgesetzt und kontrolliert wird.
6. Die Forschung im Bereich des Ressourcenschutzes muss intensiviert und angemessen finanziert werden. Technische Fortschritte können es ermöglichen, dass in Produktionsprozessen weniger Rohstoffe benötigt und diese später besser wiederverwertet werden können. Gleichzeitig dürfen diese Fortschritte nicht zu Rebound-Effekten führen, also zu einem höheren Ressourcenverbrauch trotz effizienterer Technik.
7. Zahlreiche Artikel sind reine Wegwerfprodukte, die lediglich einmal genutzt werden sollen oder können. Dies steht in keinem vernünftigen Verhältnis zum Rohstoffverbrauch, Herstellungsaufwand und dem anschließenden Entsorgungsprozess. Viele Wegwerfprodukte sind jedoch leicht durch nachhaltige Alternativen zu ersetzen. Ein Verbot der Einwegartikel ist daher oftmals nicht nur sinnvoll, sondern auch machbar. Ausnahmen muss es dort geben, wo sie beispielsweise aus medizinischen Gründen unvermeidbar sind.
8. Die Entwicklung und Produktion nachhaltiger Waren sollte stärker subventioniert werden. Dies kann vor allem kleinen Herstellern ihre Arbeit erleichtern. Im Gegenzug dazu sollte die Herstellung von Produkten, die Ressourcen verschwenden, nicht mit öffentlichem Geld gefördert werden. Da die sozialen und ökologischen Folgekosten nicht-nachhaltiger Produkte gegenwärtig bereits vergesellschaftet werden, wäre dies sonst doppelt teuer für Mensch und Natur.
9. Bildung ist in vielerlei Hinsicht ein Schlüssel für eine nachhaltige Nutzung von Ressourcen und muss daher strukturell und finanziell gefördert werden. Mit einer Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) können Konsument\*innen dazu befähigt werden, nachhaltige Entscheidungen zu treffen. Ebenso erhöht das Wissen um die Zusammenhänge von sozialen und ökologischen Problemen mit Ressourcenverbrauch die Akzeptanz für die verschiedenen Maßnahmen, die für eine nachhaltige Ressourcennutzung notwendig sind. Hierfür ist eine Verankerung geeigneter Inhalte in den Lehrplan erforderlich. Neben der schulischen Bildung kann zudem insbesondere auch die informelle, non-formale Bildung einen wichtigen Teil beitragen, um das Bewusstsein für den Ressourcenschutz zu stärken.
10. Der Schutz unserer Ressourcen ist eine globale Herausforderung. Daher fordern wir die Bundesregierung dazu auf, sich im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit konsequent und ambitioniert dafür einzusetzen, dass weltweit eine nachhaltige Nutzung von Rohstoffen stattfindet. Dies kann sowohl über das Ausarbeiten und Verabschieden internationaler

Vertragswerke geschehen als auch über die finanzielle und technologische Unterstützung einzelner Staaten im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit.

Wir verweisen auf die anderen Positionspapiere der NAJU und auf die Positionen des NABU (Naturschutzbund Deutschland) e.V.